



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. März 2023
Kantonsratspräsident Born Rolf

P 854 Postulat Zemp Gaudenz und Mit. über die Priorisierung des Wirtschaftsverkehrs / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Armin Hartmann beantragt Ablehnung.

Gaudenz Zemp hält an seinem Postulat fest.

Gaudenz Zemp: Gemäss Bund wird es bis 2050 11 Prozent mehr Personenverkehr und 30 Prozent mehr Güterverkehr geben. Der Modalsplit bleibt etwa gleich, rund 70 Prozent des Verkehrs werden weiterhin auf der Strasse abgewickelt, auch in 30 Jahren. Insbesondere beim Güterverkehr kann im Kanton Luzern nicht auf die Schiene ausgewichen werden. Der Güterverkehr bleibt also notgedrungen auf der Strasse. Die Strassen können kaum mehr ausgebaut werden. Der erhöhte Transportbedarf muss also mit praktisch ähnlichen Kapazitäten abgewickelt werden. Deshalb ist es richtig, flächeneffiziente Transportmittel zu priorisieren. Zu diesen flächeneffizienten Transportmitteln gehört auch der Wirtschaftsverkehr. Dieser wird nur schon aus Kostengründen sehr effizient abgewickelt. Unter diesem Aspekt ist der Wirtschaftsverkehr nicht besser oder schlechter als der öffentliche Verkehr (öV), und es gibt keinen Grund, ihn zu benachteiligen. Um Platz auf der Strasse zu schaffen, soll der motorisierte Individualverkehr (MIV) gemäss Planung durch geeignete Massnahmen und wo möglich und sinnvoll auf den flächeneffizienten öV umgelagert werden. An dieser grundsätzlichen Stossrichtung führt wohl leider kein Weg vorbei. Der Wirtschaftsverkehr ist aber Teil des MIV, er wird darin subsumiert, kann aber im Gegensatz zum Freizeitverkehr nicht umgelagert werden. Die Firmen können keine Waschmaschinen mit dem öV ausliefern, und die Lastwagen passen nicht in die S-Bahn. Wird der Wirtschaftsverkehr gleich wie der private Freizeitverkehr behandelt, so wird er gemäss Planung gezielt benachteiligt. Er würde bewusst neben den Busspuren im Stau stehen. Die Rahmenbedingungen werden gezielt verschlechtert, um so einen Wechsel auf den öV zu bewirken. Diese Schlechterstellung des Wirtschaftsverkehrs will aber wohl niemand. Diesen Schwachpunkt der bisherigen Planung gilt es zwingend zu korrigieren. Um eine ungewollte Benachteiligung des Wirtschaftsverkehrs zu verhindern, braucht er eine eigene Kategorie. Diese Kategorie sollte priorisiert werden. Das ist zugegebenermassen schwierig, aber es führt kein Weg daran vorbei. Mit dem Postulat fordern wird die Regierung auf zu prüfen, wie die zwingend notwendige Priorisierung des Wirtschaftsverkehrs erfolgen kann. Die Regierung ist bereit, diesen Prüfauftrag anzunehmen, denn sie will der Wirtschaft mit ihrer Mobilitätspolitik nicht schaden und einen Teil des Verkehrs nicht benachteiligen, der für die Bevölkerung eine zentrale Bedeutung hat. Wer der Wirtschaft nicht schaden will, sollte das Postulat erheblich erklären.

Armin Hartmann: Der Vorstoss verfolgt grundsätzlich ein hehres Ziel, er will die Wirtschaft unterstützen. Diese ist der Motor der Entwicklung, der Garant von Arbeitsplätzen und der Erbringer von Dienstleistungen für uns alle. Der Vorstoss hat zwei Schwächen. Wenn der

MIV konstant gehalten werden soll, so wie es der Postulant dargelegt hat, führt es zwingend dazu, dass der private MIV noch schlechtere Karten erhält. Das ist keine Lösung. Auch die SVP-Fraktion will den Wirtschaftsverkehr fördern, aber unsere Lösung verlangt angemessene Kapazitäten auf der Strasse. Die zweite Schwäche ist die Durchsetzbarkeit des Anliegens. Es ist nicht ersichtlich, wie diese Lösung funktionieren soll. Sollen beschriftete Autos bevorzugt werden? Dann hätte wohl plötzlich jeder ein solches Auto. Sollen diejenigen, die eine Waschmaschine ausliefern, bevorzugt werden? Das wäre schon schwieriger. Aber wie sollen diejenigen erkannt werden, die für eine Revision unterwegs sind? Oder eine Hausreinigungskraft? Diesbezüglich sagt das Postulat kaum etwas aus. Wenn Gaudenz Zemp einen Vorstoss einreicht, in dem er einen Ansatzpunkt aufzeigt, wie die Durchführung aussehen könnte, und er garantiert, dass der private MIV am Schluss nicht noch schlechtergestellt ist, unterschreiben wir diesen Vorstoss gerne. Das vorliegende Postulat lehnen wir jedoch ab.

Urs Marti: Der Wirtschaftsverkehr ist wichtig und nicht nur für die funktionierende Wirtschaft eine Voraussetzung. Eine prosperierende Gesellschaft und damit die gesamte Bevölkerung profitieren davon, dass Lebensmittel und Waren geliefert und Abfall entsorgt sowie viele andere Dienstleistungen erbracht werden können. Es ist auch der Mitte-Fraktion klar, dass dieser Verkehr eine Belastung für die Gesellschaft, die Umwelt und das Verkehrssystem darstellen kann. Die Regierung zeigt aber in ihrer Stellungnahme die einzelnen Segmente des Wirtschaftsverkehrs nachvollziehbar und gut auf. Auch im Projekt Zukunft Mobilität im Kanton Luzern (Zumolu) wird dieser Verkehr thematisiert, und Ziele und Stossrichtungen werden definiert. Er soll zuverlässig, sicher und so umweltschonend wie möglich erfolgen. Die Mitte-Fraktion unterstützt den Prüfauftrag und die Tatsache, dass dieses Thema einen hohen Stellenwert aufweist. In der zweiten Phase des Projektes Zumolu sollen die entsprechenden Möglichkeiten und Massnahmen zur Priorisierung des für uns alle wichtigen Verkehrs auf Strasse und Schiene geprüft werden. Die Mitte-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Judith Schmutz: Auch die G/JG-Fraktion will nicht, dass der Wirtschaftsverkehr im Stau steht. Aber das vorliegende Postulat präsentiert eine Lösung, die wir nicht nachvollziehen können und die absolut in die falsche Richtung geht. Eine Gleichstellung des Wirtschaftsverkehrs mit dem öV ist nicht zielführend und löst auch das altbekannte Problem von zu vielen Fahrzeugen auf der Strasse nicht. Würden alle Kaminfegerinnen, Stromer und Gartenunternehmer auch die separate Busspur benützen, könnte auf diese verzichtet werden. Das würde dazu führen, dass der öV noch weniger zuverlässig und attraktiv ist und man noch weniger schnell von A nach B gelangt. Auf die hart erkämpften Busspuren könnte glatt verzichtet werden. Auch die Definition des Wirtschaftsverkehrs macht mir Mühe, dabei geht es nicht nur um den Transport von Waschmaschinen. Es ist klar, dass solche Transporte nicht mit dem Bus oder dem Zug erfolgen können. Aber gemäss dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) umfasst der Verkehr zu geschäftlichen Zwecken alle Fahrten, die in der Verantwortung von privaten Unternehmungen und öffentlichen Institutionen durchgeführt werden. Somit würde der Wirtschaftsverkehr sowohl Fahrten im privaten wie auch im öffentlichen Bereich abdecken. Der Fahrzweck müsste aber einen geschäftlichen oder dienstlichen Hintergrund haben. Das heisst der Weg der Arbeitnehmenden zum Geschäft wäre explizit ausgeschlossen. Es beruhigt uns etwas, dass Pendlerinnen und Pendler ausgeschlossen sind. Trotzdem sind im Wirtschaftsverkehr nebst den Branchen, die auf das Auto angewiesen sind, sehr viele andere Fahrten eingeschlossen. Diese Lösung macht für uns deshalb keinen Sinn. Es würde auch heissen, dass Aussendienstmitarbeitende oder Immobilienbewirtschaftende, die eine Wohnung abnehmen, oder Coiffeusen, die eine Brautfrisur stecken gehen, die separate Busspur benutzen könnten. Das kann nicht Sinn und Zweck der Priorisierung des Wirtschaftsverkehrs sein. Es braucht mindestens eine Konkretisierung des Wirtschaftsverkehrs. Die G/JG-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Hasan Candan: Wir sehen das etwas weniger streng als die G/JG-Fraktion. Es handelt sich um ein Postulat, also einen Prüfauftrag. Für uns ist es klar, dass der öV die erste

Priorität hat, da er immer flächeneffizienter ist. Ich glaube, die Kriterien müssen so gesetzt werden, dass die flächeneffizienten Verkehrsträger priorisiert werden. Das ist auch eine Chance. Für die SP-Fraktion ist es klar, dass der gesamte Verkehrsraum beachtet werden muss. Das ist sicher eine grosse Herausforderung. Aber auch mit kleinen Massnahmen kann eine Verbesserung geschaffen werden. Das Postulat verlangt insbesondere, dass auch die passiven Verkehrsflächen wie Parkplätze mit einbezogen werden. Die SP hat in der Stadt Luzern schon entsprechende Vorstösse eingereicht. Ich glaube, dass das ein gangbarer Weg ist. Die Regierung könnte versuchen, dass die Parkplätze für den Wirtschaftsverkehr priorisiert werden. Die Gesamtzahl der Parkplätze soll nicht erhöht werden, sondern es soll eine Priorisierung stattfinden. Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Wir finden, dass es bei den Parkflächen vor allem im städtischen Raum sehr viel Optimierungspotenzial gibt.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Es ist unbestritten, dass der Wirtschaftsverkehr Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft ist. Er ist auch ein wichtiger Standortfaktor. In diesem Planungsbericht werden die langfristigen strategischen Stossrichtungen zur Mobilität im Kanton Luzern festgelegt. Danach soll das Programm Gesamtmobilität alle vier Jahre erarbeitet werden. Da sehen wir auch das Potenzial, diesen Prüfauftrag einzubinden, um den Wirtschaftsverkehr in Zukunft stärker zu thematisieren und mit strategischen Stossrichtungen festzulegen, wie das gehen soll, etwa mittels Digitalisierung. Ich bin überzeugt, dass das möglich ist. Sie befinden sich im Wahlkampf und können entscheiden, welche Zielgruppe Sie auf Social Media aktivieren wollen, was die für Hobbys haben und wie alt sie sind. Wieso soll es in Zukunft nicht möglich sein, die eine oder andere Verkehrsart über die Digitalisierung zu priorisieren? Wir müssen mit dem knappen Platz entsprechend umgehen. Wenn wir es aber einfach laufenlassen, bleibt es so, wie es ist, und wir können den Verkehr nicht steuern. Unter diesem Aspekt und um die Versorgung der Bevölkerung durch den Wirtschaftsverkehr zu ermöglichen, sehen wir dieses Postulat. Die Differenzierung – da gebe ich Judith Schmutz recht – muss noch gemacht werden. Wir denken dabei ja nicht etwa an einen Anwalt, der von 8 bis 17 Uhr im Büro sitzt, sondern an den Mann mit der Waschmaschine und dem Werkzeug im Auto. Das weiss ich als ehemaliger Sanitärinstallateur selber. Es geht letztlich also um die Bevölkerung, die auf solche Dienstleistungen angewiesen ist. In diesem Sinn bitte ich Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt das Postulat mit 68 zu 30 Stimmen erheblich.